

Kein Frieden für Europa in Sicht

Betrachtet man die jetzige Situation in der Welt, muss man kein Militärexperte sein, um zu erkennen, dass die Kriegshysterie ungeahnte Ausmaße angenommen hat. 70 Jahre nach Zerschlagung des Faschismus auf deutschem Boden und nach 40 Jahren friedlichem Aufbau hat sich der Neonazismus in vielen Ländern Europas erneut ausgebreitet. In diesen Ländern Europas finden Aufmärsche statt, wobei offen Nazi-Symbole getragen werden. Die Massenmedien verbreiten seit Monaten eine antirussische Stimmung, um Kriegseinsätze der ukrainischen Truppen zu rechtfertigen.

Die NATO hat ihre Truppen ins Baltikum entsandt, um Präsenz zu zeigen, die ukrainische Armee missachtet die Minsker Vereinbarungen und führt Manöver an der Grenze zur Ostukraine durch. Gleichzeitig verlegen die USA 800 Radpanzer und Kettenfahrzeuge nach Europa, darunter auch nach Deutschland auf ihren größten Armeestützpunkt unweit der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Zur selben Zeit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Tod, ihre Städte und Häuser sind zerstört. Der Flüchtlingsstrom wird zum zunehmenden Problem für die Kommunen, neonazistische Kräfte nutzen das, um Ausländerhass zu schüren. Die USA brauchen Kriege, um ihre Wirtschaft anzukurbeln.

Seit 1945 haben sie 239 Kriege und Interventionen geführt, dabei kamen über sechs Millionen Menschen ums Leben (Stand 2012). Die Supermacht, die vorgibt, der Welt Frieden, Freiheit und Demokratie zu bringen, brachte wie kein anderes Krieg, Terror, Diktaturen, Tod und Zerstörung, nahezu pausenlos, bis heute. Dazu kommen unzählige Konflikte, Provokationen, Ermordungen von demokratisch gewählten Präsidenten. Doch die USA mussten auch Niederlagen einstecken. Zu erwähnen ist der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes, der vor 40 Jahren mit dem Sieg und der Einheit Vietnams beendet wurde. Die Amerikaner hatten entsprechend ihrer Taktik verbrannte Erde hinterlassen.

Christiane Kranz

Bilanz der ersten 100 Tage:

*„Es gibt noch
Bananen in
Thüringen.“
B. R.*

GRÜN

ROT

ROT

Und die Tomaten gedeihen auch gut.

Hundert Tage sind geschafft

Rot-Rot-Grün hat Stabilität, Kompetenz und die Fähigkeit zum erfolgreichen Miteinander bewiesen

Kurz vor der Ministerpräsidenten-Wahl am 5. Dezember kamen Journalisten aus ganz Europa und selbst aus den USA nach Erfurt, um über den - damals noch möglicherweise - ersten Ministerpräsidenten der LINKEN zu berichten. Am 15. März nun waren Bodo Ramelow und das rot-rot-grüne Kabinett 100 Tage im Amt. Zwar kamen aus diesem Anlass keine internationalen Gäste mehr in den Freistaat, aber auf nationaler Ebene war das Interesse nach wie vor groß. Nicht nur alle wichtigen bundesweiten Zeitungen schickten Redakteure, selbst die Kinder-Nachrichtsendung „Logo“ entsandte einen Nachwuchsreporter in die Staatskanzlei.

Die Artikel und Beiträge fielen aber durch die Bank eher nüchtern aus, denn es gab einfach nichts Spektakuläres zu berichten. Häufig wurde festgestellt: Rot-Rot-Grün regiert einfach in Ruhe vor sich hin.

Es mag auf Beobachter aus Berlin und anderen Teilen der Republik langweilig wirken, aber die neue Landesregierung hat in den ersten 100 Tagen Stabilität, Kompetenz und die Fähigkeit zum erfolgreichen Miteinander bewiesen. Nach Jahren, in denen die alte Landesregierung vor allem durch Skandale auffiel, haben LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wichtige Projekte für Thüringen auf den Weg gebracht, mit denen das Land demokratischer, sozialer und ökologischer werden wird.

Frieden schaffen ohne Waffen!



Ostermarsch in Ohrdruf. Foto: W. Möller

Sternmarsch der Friedensbewegung zu Ostern 2015

Frieden schaffen ohne Waffen, das war und ist immer noch ein greifender Slogan in der heutigen Weltpolitik. Doch was passiert? Waffenlieferung nach Afghanistan, Waffenlieferung in den Irak, nach Syrien, Saudi Arabien, Afrika, überallhin, wo Konflikte angeheizt werden. Jedoch ist das nur ein Teil der Kriegstreiberei. Ausbildung von Soldaten im Ausland, für das Ausland, Bau und Tests von Waffen in den kommunalen Regionen und Werbung für die Bundeswehr an den Schulen nehmen immer mehr zu. Auch in Thüringen gibt es Standorte mit Rüstungsindustrie, werden Ausbildungseinrichtungen und Übungsplätze betrieben bzw. unterhalten und stetig genutzt.

In Gotha gibt es verschiedene Einrichtungen, Betriebe und Institutionen, welche im Sinne der militärischen Auseinandersetzung direkt oder indirekt eingebunden sind. Hier gilt es, eindeutige Zeichen zu setzen, dass unsere Friedenspolitik eine andere Herangehensweise ist, als die Gewaltpotentiale in der Welt zu schüren. Friedenspolitik muss wieder in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit gerückt werden. Nach den Zeiten des Kalten Krieges zwischen Ost und West, wo mit dem Feindbild des Kommunismus und der dro-

henden Gefahr aus dem Osten ein Wett-rüsten angeschoben wurde, sind wir heute schon einen Schritt weiter. Das Feindbild wurde neu geschaffen in Gestalt der Islamisten, Separatisten, Rebellen oder autonomen Kampfeinheiten. Geschaffen wird dieses Bild von der westlichen Welt, von den USA und den NATO-Staaten. Grund dafür sind nicht die unzulänglichen Zustände, unmenschlichen Situationen oder Hilfsaktionen für unterdrückte Völker in den Staaten. Grund sind Machtstellung, Bodenschätze und militärische Positionierung in der ganzen Welt. Das Kapital hat in der Marktwirtschaft nur ein Ziel: noch mehr Märkte erobern. Und wenn dieses Ziel nicht mit den Instrumenten der Marktwirtschaft erreicht werden kann, wird es mit Aufwiegelung, Korruption und schließlich mit militärischen Einsätzen erreicht.

Im Kreis Gotha wird der Kampfeinsatz vorbereitet, geprobt und zum Ziel gebracht. Der Standorttruppenübungsplatz in Ohrdruf, die Friedensteinkaserne in Gotha, Betriebe wie Schmitz-Cargo Bull oder Multicar in Waltershausen sind praktische Beispiele, wie Militärtechnologie und -technik in den Kommunen entwickelt wird.

Schmitz Cargobull Gotha beispielsweise produziert für die militärische Fahrzeugindustrie. Multicar Waltershausen ist an der Entwicklung und Produktion gepanzerter Technik beteiligt und der Standorttruppenübungsplatz Ohrdruf dient seit geraumer Zeit als Testgelände für Aufklärerdrohnen oder vielleicht auch andere Flugkörper.

Dieser Politik muss ein deutliches Zeichen entgegengesetzt werden. Die Ergebnisse von Kriegen waren immer menschliches Leid, zerstörte Städte und Dörfer und viele, viele Tote in den betroffenen Ländern. Wir fordern weiterhin: Schluss mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Schluss mit der Rüstungsproduktion, insbesondere in den zivilen Betrieben, friedliche Nutzung aller militärischen Einrichtungen und der Übungsgelände sowie keine Werbeaktionen für die Bundeswehr in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Dies zu unterstreichen werden wir am 4. April wieder in Ohrdruf auf die Straße gehen und uns für diese Forderungen zeigen. Gleichzeitig wird es eine Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des Außenlagers S III im Jonastal geben. Hier wird im Anschluss an einen Sternmarsch mit internationalen und regionalen Gästen der vielen Tausenden Opfern dieses Lagers gedacht. Neben dieser angekündigten Aktion findet in Erfurt eine weitere Veranstaltung für die Forderung nach Frieden und Menschlichkeit statt. Hier wird seit Jahren ein Logistikzentrum der Bundeswehr betrieben. Von hier werden Versorgung und Logistik bei den Auslandseinsätzen koordiniert und organisiert. Auch solche Einrichtungen dienen den Kriegseinsätzen und der Arbeit der Bundeswehr und gehören abgeschafft. Neben der Waffenrüstung verschlingen solche Einrichtungen nicht nur Gebietsressourcen, sondern kosten den Steuerzahler viele Tausend Euro.

Die Friedenspolitik muss wieder mehr in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der Linken gestellt werden. Wir sind die einzige Partei, die die Forderung nach Frieden auf der ganzen Welt zum Ausdruck bringt, lasst uns diese Forderung am 4. April durch die Teilnahme an den Friedensmärschen unterstreichen. Treffpunkt ist in Ohrdruf um 10 Uhr in der Waldstraße am Gedenkstein des Todesmarsches der Häftlinge des Außenlagers nach Buchenwald.

Bernd Fundheller

Auch in Thüringen wird aufgerüstet

Online-Rüstungsatlas der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt Auskunft

Bereits im November letzten Jahres wurde in Jena der Öffentlichkeit präsentiert: der Thüringer Rüstungsatlas. Er ist einer der wenigen in Deutschland und wohl einer der umfangreichsten. Der Atlas hat das Ziel, neben der Darstellung von Einrichtungen der Rüstungsproduktion und -forschung sowie von Friedensinitiativen, auch die Vernetzungen zwischen verschiedenen Aspekten des Rüstungsthemas aufzuzeigen.

Entstanden ist bei den Recherchen zu militärischen Orten in Thüringen eine Karte, die Ballungsgebiete aufzeigt, die viele erahnt hätten, aber auch Orte aufzeigt, an denen man kaum Böses vermutet hätte. Außerdem gibt er einen guten Überblick über die Gegeninitiativen, die zwar oft klein, aber doch recht umfassend vorhanden sind. Der Atlas ist in die Rubriken Unternehmen, Bundeswehr, Hochschulen und Friedensinitiativen unterteilt. Die Rubriken kann man sich einzeln oder getrennt auf der interaktiven Karte anzeigen lassen.

Eingang gefunden haben in der Rubrik Unternehmen sowohl örtliche Niederlassungen von weltweit agierenden Rüstungsfirmen als auch kleine Zulieferunternehmen und Forschungseinrichtungen, die sich auf bestimmte Produktteile spezialisiert haben. Sie reichen vom populären Jenoptik-Konzern bis zu einem Ingenieurbüro in Zeulenroda-Triebes.

Bei allen Unternehmen zeigt sich, dass es sich um dual-use-Produktion handelt, also keines der Unternehmen ein reiner Rüstungsbetrieb ist. Zur Problematik des „dual-use“ und auch zu anderen Schwerpunkten finden sich unter dem Abschnitt Materialien ausführlichere Erörterungen, die in der Ausein-



andersetzung mit dem Thema Rüstung relevant sind und Anstoß zu kritischer Reflektion geben sollen.

Dual-use ist auch im Kontext der Hochschulen von Bedeutung, denn auch hier gibt es außer am Psychologischen Institut der FSU Jena keine Forschung, die rein militärische Geldgeber, in diesem Fall das Bundesministerium der Verteidigung, vorweisen kann. Rüstungsrelevante Forschung ist sowohl in den Natur- als auch in den Geisteswissenschaften zu finden. Verwunderlich ist diese Erkenntnis, da zumindest die Jenaer Hochschulen sowie die TU Ilmenau eine Friedensformel in ihrer Grundordnung vorweisen können. Besonders die FSU hält das nicht davon ab, Forschungsprojekte unhinterfragt durch zu führen.

Hier tut sich auch das Problem des Verständnisses von Frieden auf. Im Rüstungsatlas gibt es dazu – ebenfalls in der Rubrik Material – eine kleine Erörterung, die Überlegungen zu verschiedenen Friedensauffassungen anstellt. Die VerfasserInnen des Atlas jedenfalls vertreten einen sehr umfassenden Friedensbegriff, wie die Rechercheergebnisse zeigen.

Eine ganz eigene Rubrik stellt die Bundeswehr dar. Hier werden zum einen Standorte, wie Kasernen und Übungsplätze aufgezeigt, aber auch diejenigen Orte, an denen die Bundeswehr in das zivile Leben hinein wirkt.

Sei es durch Karriereberatungsbüros oder Kreisverbindungskommandos. Letztere sind die Schnittstelle zur zivilen Katastrophenbekämpfung – hier arbeiten Reservisten u.a. eng mit Polizei und Feuerwehr zusammen. Die Bundeswehr scheint die Rüstungskarte Thüringens zu dominieren.

Im Gegensatz dazu wirken die Friedensinitiativen, worunter hier auch Friedensklauseln der Hochschulen zählen, fast zerbrechlich und schwach. Aber dennoch zeigen sie, dass die Militarisierung in der Gesellschaft, Rüstungsproduktion und rüstungsrelevante Forschung nicht so einfach hingenommen werden. Wer selbst aktiv werden will, findet hier Anschlusspunkte.

Neben den Karten und dem ergänzenden Material gibt es eine umfangreiche Linksammlung zu anderen Rüstungsatlanten und Friedensaktivitäten. Ein Blick auf die Homepage lohnt sich. Dass der Thüringer Rüstungsatlas nur online verfügbar ist, ist ein Manko. Diese Form bietet jedoch den Vorteil, dass er ständig aktualisiert werden kann. So freuen sich die Autorinnen bzw. die Herausgeberin Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen auf Hinweise auf weitere Unternehmen oder Forschungsprojekte sowie Friedensinitiativen. Der Kontakt ist auf der Homepage zu finden.

Dorothea Forch

www.ruestungsatlas-thueringen.de

Hundert Tage sind geschafft

> Seite 1

Konkret wurde in den ersten drei Monaten schon viel erreicht: Zum Schulhalbjahr wurden 184 neue Lehrer eingestellt und ein Gesetzentwurf zur Bildungsfreistellung wurde in den Landtag eingebracht. Damit sollen künftig 88 Prozent der Thüringer Arbeitnehmer/innen Anspruch auf Weiterbildung bekommen. Die Landesregierung ist mit dem humanitären Akt eines Winterabschiebestopps gestartet, sie steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und eine weltoffene Zuwanderungspolitik. Es wurde ein umfangreiches Finanzpaket für die Kommunen geschnürt, das zugleich die Brücke zum neuen Kommun-

alen Finanzausgleich ab 2016 baut. Die Abschaffung des Landeserziehungsgelds ist beschlossen, ein Arbeitsmarktprogramm für Langzeitarbeitslose startet noch 2015.

Im Landtag werden die unzulässigen Fraktionszulagen für Abgeordnete per Gesetz abgeschafft. Die Landesregierung hat darüber hinaus klare Ansagen zum Bau der Südwestkuppelleitung gemacht und den Bau neuer Stromtrassen durch die Thüringer Landschaft ausgeschlossen. All das liegt dem Landtag bereits vor. Die Eckwerte für den Landeshaushalt 2015 wurden vom Kabinett beschlossen. Er wird den finanzpolitischen Dreiklang von Rot-Rot-Grün umsetzen: Konsolidierung, Gestaltung und Risikoversorge. Nicht zu-

letzt ist Thüringen mit Rot-Rot-Grün Vorreiterland bei der parlamentarischen Aufklärung der NSU-Verbrechen, der Landtag hat einen neuen NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Hundert Tage sind geschafft, das heißt auch: Bis zur nächsten Wahl liegen noch 1700 Tage vor der Landesregierung. Weil die Menschen im Land aber nicht nur am Wahltag mitentscheiden sollen, sucht Rot-Rot-Grün immer wieder den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Den Leuten zuhören anstatt nur selbst mit Skandalen zu lärmern, das soll die Handlungsmaxime der Koalition sein. Der Anfang ist geschafft.

Frank Schenker

Erste Kreistagssitzung 2015 bringt Veränderungen

Mehr Transparenz: Ratsinformation

Einen Überblick über die Sitzungstermine, Mandatsträger, Bekanntmachungen und Beschlüsse sind für die Einwohnerinnen und Einwohner nun mit wenigen Klicks einsehbar. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. wurde ein Ratsinformationssystem eingeführt. Nicht nur für Kreistagsmitglieder ist es dadurch einfacher geworden, mal schnell einen Blick in die Unterlagen zu werfen – diese Chance besteht nun auch für interessierte Bürger. Außerdem ist es ein erster Schritt, zukünftig Papier einzusparen.

Ausschüsse neu formiert

„Was lange währt, wird endlich gut“ – aus dieser Perspektive endet nunmehr die Diskussion über die neue Geschäftsordnung. Lange wurde debattiert, immer wieder drehte man sich im Kreis, auch weil die einbringende SPD/Grüne-Fraktion ihre eigenen Positionen änderte. Die Mehrheit des Kreistages sprach sich dafür aus, einige Ausschüsse neu zu bilden. Die Aufgaben des Umweltausschusses wurden dem neuen „Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Bau und Umwelt“ zugeschrieben. Aus den Ausschüssen für Soziales, Kultur und Bildung sowie für Gleichstellung von Männern und Frauen, für Ausländer und Aussiedler gingen der neue „Ausschuss

für Bildung, Kultur und Sport“ sowie der „Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration“ hervor. Ziel der Neustrukturierung ist eine intensivere Auseinandersetzung und eine bessere Abgrenzung mit den verschiedenen Themengebieten. Die Linksfraktion konnte sich mit der Forderung durchsetzen, den Rechnungsprüfungsausschuss als Kontrollgremium der Kreisverwaltung beizubehalten. Man habe dabei weniger die Kontrolle in den Fokus gestellt, sondern mehr die Tatsache, dass aus der Prüftätigkeit und Diskussionen dazu Verbesserungen im Verwaltungsablauf entstanden sind.

Zusätzlich wurden Verfahrensfragen zum Beispiel für die Haushaltsdiskussion geklärt, Bedenkt man die vergangenen Haushaltsdebatten, war dies auch nötig. Mancher Streit über diese nahm in der Vergangenheit mehr Zeit in Anspruch, als die Diskussion in der Sache.

Allerdings hätte man sich aus Sicht der Linksfraktion gewünscht, dass die Ausschüsse in Zukunft über Budgetverantwortung verfügen und die Öffentlichkeit wieder zu den Sitzungen zugelassen würde.

Erste Gemeinschaftsschule im Landkreis

Es ist geschafft: die Gemeinschaftsschule „Am Inselsberg“ in Tabarz ist beschlossen. Fraktionsübergreifend würdigten die

Kreistagsmitglieder die Anstrengungen der Schulleiter, Lehrer, Eltern und Schüler. Mit viel Zeit und Mühe hatte man sich gemeinsam auf den Weg gemacht, eine gute Konzeption zu erarbeiten. Die Tabarzer Grundschule und Regelschule schließen sich ab Schuljahr 2015/16 zur Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS) zusammen. Diese umfasst die Jahrgangsstufen 1 bis 10. Das Perthes-Gymnasium Friedrichroda wird als wunschkooperierendes Gymnasium genannt. Die TGS soll für die Schülerinnen und Schüler ein Ganztagsangebot bieten und den Schulstandort sichern.

Sanierungskonzept für Ernestinum

In Absprache mit der Stadt Gotha sollen zukünftig Räume der Myconiuschule für die Schüler des Ernestinum bereitstehen. Hauptaugenmerk soll auf die Sanierung und nicht auf einen Erweiterungsneubau gelegt werden. Die Oberstufe (Klassenstufen 11 und 12) wird in der Myconiuschule unterrichtet, wo dann auch die Kreisvolkshochschule ihr neues Domizil bekommen soll. Der Haushalt des Landkreises werde dadurch um 2,7 Millionen Euro weniger belastet. Das Schulgebäude in der Schützenallee, ehemalige Lutherschule, soll zum Verwaltungsgebäude für das Gesundheits- und Schulverwaltungsamt umfunktioniert werden.

Frauentag in Gräfentonna

Seit vielen Jahren lädt die Ortsgruppe Demokratischer Frauenbund (dfb) anlässlich des Frauentages zu einer Festveranstaltung in die Aula der Regelschule „An der Fasanerie“ Gräfentonna ein, die ihresgleichen sucht. Ein buntes Programm begeisterte die zahlreich erschienenen Frauen. Die Schüler der Klassen 9 und 10 übernahmen wie jedes Jahr die Bedienung. Neben Theaterstücken stellten die Kleinen wie die Großen auch ihr sportliches Können unter Beweis. Den krönenden Abschluss bildeten die Frauen des dfb mit ihrer Show „Gräfentonna sucht das Supertalent“. Vera Fitzke überreichte im Namen der Kreistagsfraktion DIE LINKE. eine Spende. Stellvertretend für die Landtagsabgeordnete Johanna Scheringer-Wright händigte Joa-



chim Thier-Ueltzen eine Zuwendung aus. Gemeinsam mit Kreistagsmitglied Sebastian Schreiner wurden im Anschluss bunte Nelken an die Besucherinnen verteilt.

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/856164, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

Frauentag im Klub Galletti

Zur Frauentagsfeier der Linken am 8. März im Klub Galletti bei der Volkssolidarität Gotha las der Satiriker Matthias Biskupeck aus seinen Büchern. Zu Gast war u.a. auch Martina Renner (MdB). Bernd Fundheller sagte, dass der 8. März in vielen Ländern ein gesetzlicher Feiertag ist. Warum nicht im demokratischen Deutschland?



Ein hochpolitischer Maler

Lucas Cranach-Ausstellung in Gotha
zum Thüringer Themenjahr

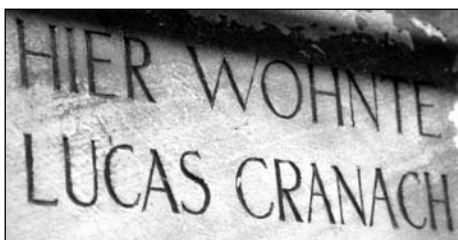
Die guten Beziehungen unserer Stadt zu Lucas Cranach reichen zurück bis ins frühe Mittelalter. Nicht nur, weil ihm der Bürgermeister – damals war es Jost Brengel – vor 500 Jahren seine Tochter Barbara zur Frau und als Mitgift das Haus am Hauptmarkt 17 (den Vorgängerbau des heutigen Cranach-Hauses) gab. Auch auf Schloss Friedenstein zollt man seiner Kunst bis heute hohe Aufmerksamkeit mit einem bedeutenden Bestand an Cranach-Bildern.

In diesem Jahr nun rückt die Gothaer Stiftung Schloss Friedenstein das Wirken Lucas Cranachs im Dienst der Reformation in den Mittelpunkt und macht die Ausstellung „Bild und Botschaft“ zum Thüringer Themenjahr. Die Präsentation zeigt Cranach, den bedeutendsten Maler und Graphiker der Renaissance auch als einen politischen Künstler in der Zeit der lutherischen Reformation. Er machte die geistige Befreiung vom zurückweichenden Mittelalter durch das humanistische Denken und die Erschütterung der christlichen Welt durch die Reformation zu Eckpfeilern seines Schaffens. Religiösen Themen hauchte er völlig neues Leben ein. Damit setzte er erstmals Malerei und Grafik und auch Flugschriften und Flugblätter mit antikatholischer Polemik gezielt im Dienst einer politischen Idee ein. Seine Werkstatt bot der damaligen Medienrevolution gute Möglichkeiten, hohe Auflagen schnell und vielfältig zu verbreiten und bewusst für die tagespolitischen Auseinandersetzungen zu nutzen. Damit wurde Cranach zum Propagandisten der neuen Lehre. Zum Beispiel hat er mit den Porträts von Martin Luther und Philipp Melanchthon und anderer Reformatoren der neuen kirchlichen Bewegung ein Gesicht gegeben. Auch mit seinen Gemälden hat er die reformatorische Bewegung unterstützt.

Ein Schlüsselwerk ist das Gothaer Tafelbild „Gesetz und Gnade“. In diesem Bild stellt der Maler Luthers Auffassung von der Erlösung durch Gnade die Verdammnis in der Hölle gegenüber: Der Lebensbaum in der Mitte des Bildes trennt die gegenübergestellten Ereignisse. Links – die Seite des Gesetzes – ist der Baum verdorrt. Tod und Teufel jagen den sündigen Menschen ins Höllenfeuer, während Moses auf



Die Hausmarke und Hinweistafel (unten) zu Lucas Cranach am Hauptmarkt 17. Foto: W. Möller



die Gesetze weist. Im rechten Bild – die Seite des Evangeliums – grünt der Baum. Johannes der Täufer zeigt auf Christus am Kreuz als den Erlöser der Menschheit. Eine Schrift am unteren Bildrand enthält Bibelzitate, aus denen Luther seine Rechtfertigungslehre entwickelte und die auch Cranach zu seinem künstlerischen Thema macht. Er verweist auf geschichtliche Hintergründe und aktuelle Bezüge. Das war in der Kunst dieser Zeit etwas völlig Neues.

Auch in anderen Arbeiten hat Cranach alte Motive in seine Zeit übersetzt und zur Kommentierung tagespolitischer Ereignisse genutzt. Zum Beispiel ein Gemälde-Duo, dass er um 1530 in Öl auf Lindenholz malte: Judith an der Tafel von Holofernes, wo sie den Feldherren mit weiblichem Charme bezirzt, und im Zelt, wo sie nach der Bluttat mit ihrer Zofe sein Haupt entsorgt. In dieser Krimi-Story aus dem Alten Testament stellt der Künstler dar, wie es der schönen Witwe Judith mit Mut und weiblicher List gelingt, in das kriegerische Lager vorzudringen und der feindlichen Bedrohung ein Ende zu setzen. Dieses Bild gewährt Einblicke sowohl in die biblische Geschichte als auch in die des Schmalenkaldischen Krieges, der sich zu Cranachs

Lebzeiten abspielte und in dem Judith zur Symbolfigur des protestantischen Wehrwillens gegen die Heere Karls V. wurde. Aber auch malerische Details rückte er ins Blickfeld. Plötzlich erkennt man den Künstler, der sich am Rand des Bildes porträtiert hat und demonstrativ auf das Geschehen zeigt. Man sieht auch, dass er den Figuren zeitgemäße Züge und standesgemäße modische Accessoires verlieh. So kann man auch die Darstellung von Luthers Hochzeit mit Katharina von Bora als ein politisches Signal sehen. Aktuelle Bezüge in der Kunst waren damals etwas völlig Neues.

Das Herzogliche Museum stellt „Cranach im Dienst von Hof und Reformation“ vom 29. März bis zum 19. Juli 2015 vor. Insgesamt zeigt die Ausstellung rund 200 Exponate. Neben Werken der eigenen Sammlung werden Leihgaben aus aller Welt präsentiert, darunter Gemälde, Grafiken, Münzen, Medaillen und Bücher. Ein weiterer Höhepunkt der Schau ist das Gemälde „Kurfürst Johann Friedrich im Kreis der Reformation“ um 1538, das die Sammlung in Toledo (Ohio) zur Verfügung stellt. Außerdem werden ein Kinderbuch und eine Ausstellung speziell für Kinder vorbereitet. Damit möchte die Stiftung auch junge Besucher für Cranach interessieren.

Die Schau in Gotha ist Teil des Thüringer Cranach-Themenjahres „Bild und Botschaft“, zu dem doch zwei weitere Ausstellungen in Weimar und Eisenach gehören.

Ursula Weidenbecher

K Mein Tag in Zahlen



Das Leben besteht nicht nur aus Wachsen und Vergehen, Essen und Trinken, Arbeiten und Ruhen, Erfolg und Niederlage, Frohsinn und Trübsal, Lieben und Hassen ... Das Leben besteht insbesondere auch aus nüchternen Zahlen – aus natürlichen, reellen, imaginären, komplexen, rationalen, irrationalen, ganzen, gebrochenen, unbestimmten sowie aus Zahlwörtern, Ziffern, Nummern usw. Mein Alltag beginnt schon morgens mit einer Zahl. Tagsüber verfallende ich manchmal bei bestimmten Handlungen in zwanghaftes Zählen. Und abends im Bett zähle ich von eins bis 100 – so lange, bis ich eingeschlafen bin.

7.30 Uhr

Aufstehen. Der Wecker klingelt. Ich döse noch fünf Minuten.

7.35 Uhr

Radioempfang. Ich stelle MDR Figaro auf UKW 87,9 MHz ein.

7.36 Uhr

Morgengymnastik. Ich übe Rumpfbeugen seitwärts, zwei mal links, zwei mal rechts.

7.45 Uhr

Morgentoilette. Zähne putzen, Länge der Zahnpastawurst: ca. 2 cm. Ich putze ca. 30 Sekunden, obwohl mindestens zwei Minuten empfohlen werden.

7.55 Uhr

Anziehen. Ich streife Höschen, Rock und Bluse, ein Paar Socken und eine Jacke über.

8.00 Uhr

Frühstück. Wasser und Kaffeemehl für sechs Tassen einfüllen. Ich esse ein Ei sowie zwei Scheiben Brot mit Butter, Leberwurst und Hunderblütengelee VII/2014.

8.20 Uhr

Hausarbeit. Der Geschirrspüler wird mit dem dreiteiligen Besteck voll. Ich schneide im Garten sieben Krokusse für die Blumenvase ab. Danach nehme ich meine Herzttabletten, drei verschiedene Sorten, von jeder eine pro Tag, darunter ASS 100 N 3 zur Blutverdünnung.

8.30 Uhr

Zeitungsstudium. Ich beginne wie immer mit Seite 1 des Regionalteils. Dann lese ich beunruhigt von den derzeitigen drei großen Kriegsherden Syrien, Irak und Ukraine. Das ganze findet im 100. „Jubiläumsjahr“ des Ersten und im 75. Jahr des Zweiten Weltkrieges statt. Also geht das Blutvergießen lustig weiter, links, zwei, drei, vier ...

9.00 Uhr

Telefonate. Den wichtigsten von vier Anrufen zuerst. Den Anschluss meines Gesprächspartners weiß ich im Kopf: 03621/405000.

9.30 Uhr

Büroarbeit. Die beiden Computer (PC1 und PC 2) in meinem 3 x 9 m-großen Arbeitszimmer fahren hoch. Erstaunlich, wie schnell der

PC 2 mit dem Intel Core i5-4440, 3,1 Ghz-Prozessor die Nullen und Einsen berechnet! Der neue Auftrag ist ziemlich umfangreich, doch die 500 GB-Festplatte hat genug Platz.

11.00 Uhr

Pause. Die Post ist gekommen. Heute sind es zwei Briefe, eine Karte und ein 48-seitiger Katalog. Den Brief vom Finanzamt muss ich dreimal lesen, bis ich den Inhalt verstehe, z.B.: „UStG, § 12 Steuersätze (1) Die Steuer beträgt für jeden steuerpflichtigen Umsatz 19 % der Bemessungsgrundlage (§§ 10, 11, 25 Abs. 3 und § 25a Abs. 3 und 4)“.

11.10 Uhr

Zweites Frühstück. Ein Glas 100-Prozent-Orangensaft und eine Banane zum Aufmuntern. Ich trinke mehrmals, immer zuerst sieben, dann fünf und zuletzt drei Schluck.

11.15 Uhr

Büroarbeit. Das Manuskript ist orthografisch und grammatikalisch o.k., jedoch typografisch eine Katastrophe. Ich finde u.a. 620 doppelte Leerzeichen und muss zahllose Führungsnullen aus den angegebenen Uhrzeiten tilgen.

13.00 Uhr

Mittagessen. Es gibt Reste als Eintopf – Champignons mit Rindfleisch und Klößen. Die Pilze sind von gestern Abend; sie haben 18 Stunden im Kühlschrank gestanden und sind also noch genießbar.

13.45 Uhr

Büroarbeit. Die Manuskriptkorrekturen gehen per E-Mail an die drei Beteiligten (Autor, Lektor, Verleger). Ich hoffe, in zwei bis drei Tagen alles zurück zu bekommen.

14.15 Uhr

Mittagspause. Im NDR-Fernsehen läuft meine Lieblingssendung, die oft wiederholt wird: Bilderbuch. Ich kenne diese Folge schon und schlafe nach ca. 10 Minuten ein. Das Nicken dauert aber nur eine halbe Stunde.

15.00 Uhr

Fernsehen. In der ARD (Das Erste) laufen die 15-Uhr-Nachrichten. Ich verfolge die Bilanz der ersten 100 Tage der neuen Thüringer Landesregierung, die Koalition der drei Parteien – Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

15.15 Uhr

Büroarbeit. Von den 40 Abbildungen sind über die Hälfte bedenklich, da mit 80-100 KB in der Auflösung für den Druck zu klein. Ich versuche sie mit Photoshop aus CS 3 zu optimieren.

16.00 Uhr

Kaffeezeit. Das Teewasser kocht bereits nach drei Minuten. Ebenso lang lasse ich den Tee ziehen und rühre dabei das Teeei 50 Mal in der Tasse herum.

16.30 Uhr

Behördengänge. Ich fahre mit dem Zweitwagen in die Stadt, da mein Mann mit dem Großen noch auf Arbeit ist. Auf der Meldestelle beantrage ich einen neuen Personalausweis, weil der alte am 9. April ungültig wird. Auf der Sparkasse hebe ich 400 Euro von meinem Girokonto ab. Für die Kaufhalle kann ich mir Zeit lassen; sie hat bis 22.00 Uhr geöffnet.

18.00 Uhr

Abendbrot. Beim Essen gibt es heute Gelegenheit für ein erstes Gespräch mit meinem Mann. Er erzählt mir von seiner Nachhausefahrt. Ein BMW hatte ihn in unserer Hauptstraße, wo 30 km/h erlaubt sind, mit ca. 50 bis 60 Sachen überholt und nur ein Mal kurz beim Ausscheren geblinkt.

18.45 Uhr

Küchenarbeit. Jeden zweiten Tag bin ich mit dem Handabwasch dran. Dazu nehme ich gerne Fit, weil es das schon vor 25 Jahren in der DDR gab. Manchmal drücke ich mich aber davor, die drei-vier Besteckteile mit Holzgriff abzuwaschen.

19.00 Uhr

Fernsehen. Heute stehen ZDF, MDR und 3 SAT abwechselnd auf dem Programm. Im Zweiten sehe ich das Neueste vom Tage und im Dritten die Ereignisse aus Thüringen. SAT 1 berichtet aus dem 9/11 Memorial in Manhattan (NY) zum Jahrestag des 11. September 2001, als bei dem Terroranschlag auf das World-Trade-Center (danach Ground Zero genannt) mehr als 3000 Menschen starben.

20.30 Uhr

Büroarbeit. Die Computer bleiben aus. Ich mache ein paar Büchersendungen für meine Freundinnen vom Heimatverein zurecht und ärgere mich, dass die Deutsche Post das Porto von 80 Cent auf 1 Euro erhöht hat. Dann überlege ich, was ich noch von den Tausend unerledigten Vorhaben machen kann. Letztendlich schmeiße ich doch wieder den Computer an, um E-Mails abzurufen, Bilder zu bearbeiten und ein Schachspielchen zu gewinnen.

23.30 Uhr

Nachtruhe. Ich habe die Partie gegen den Computer leider verloren. Dennoch gebe ich mich nach einem ausgefüllten Tag, nach letzten Fernsehnachrichten, Rotweinchen, kurzer Buchlektüre und Badbesuch gutgelaut ins Bett. Ich zähle 1, 2, 3 ... bis ich eingeschlafen bin.

Eure Nr. 1, Klara die Klarsichtige

Die Opfer bleiben unvergessen

Zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald

Buchenwald gehört zu den bekanntesten Konzentrationslagern, die die Nazis während der Zeit ihrer Herrschaft errichteten, um Gegner ihres Regimes ihrer Freiheit zu berauben, sie zu foltern oder zu töten. Dazu gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, Homosexuelle und andere Personengruppen, die sie in ihr Feindbild gerückt hatten. Das Lager auf dem Ettersberg nahe Weimar entstand im Juli 1937 und hatte zuletzt 136 Außenlager, in welchen insgesamt 250 000 Menschen während der Lagerexistenz gefangengehalten wurden. 56 000 Menschen fanden in den Jahren bis 1945 in Buchenwald den Tod, darunter 11 800 Juden, 8000 sowjetische Kriegsgefangene wurden erschossen.

Der berüchtigte erste Kommandant Koch, der bereits vorher „Erfahrungen“ in den KZ Lichtenburg und Dachau gesammelt hatte, wütete bis zu seiner Ablösung im Dezember 1941. Er wurde wegen Korruption, Betrug und Mord von den eigenen Leuten zum Tode verurteilt. Ein Erschießungskommando der SS hat ihn am 5. April 1945 – wenige Tage vor der Befreiung des Lagers – in Buchenwald hingerichtet. Auch Hermann Hackmann gehörte zu jenen korrupten SS-Leuten, die in Buchenwald wirkten und gegen die ein Todesurteil verhängt wurde, was allerdings nicht zur Vollstreckung kam. Im sogenannten Buchenwald-Hauptprozess wurde er erneut zum Tode verurteilt, die Strafe dann allerdings in lebenslange Haft umgewandelt und er 1955 bereits aus der Haft entlassen. Aufgrund seiner nach der Zeit in Buchenwald im KZ Majdanek verübten Verbrechen fand er sich 1975 vor dem Landgericht Düsseldorf erneut auf der Anklagebank wieder und erhielt 1981 (!) 10 Jahre Freiheitsstrafe wegen Beihilfe



Gedenkveranstaltung 2014 zum 70. Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann. Foto: W. Möller

zum Mord in zahlreichen Fällen. Hackmann starb im August 1994.

Nachfolger des Kommandanten Koch wurde Hermann Pister, der es auch bis zum Ende blieb. Er war es, der die Evakuierung des KZ Buchenwald im Frühjahr 1945 betrieb und dabei auf erbitterten Widerstand bei den Lagerinsassen stieß. Nur so konnte verhindert werden, dass noch mehr Häftlinge auf Todesmärsche gehen mussten als die 38 000, wovon ein reichliches Drittel diese nicht überlebte. Anfang April 1945 befanden sich noch etwa 48 000 Häftlinge in Buchenwald. Pister wurde im Buchenwaldhauptprozess auch zum Tode verurteilt, starb aber vor der Vollstreckung 1948 an einem Herzinfarkt. Auch die Ehefrau des ersten Kommandanten, Ilse Koch, die als „Kommandeuse“ in die Geschichte des Lagers einging, musste sich nach Kriegsende 1949 vor Gericht verantworten und bekam u.a. wegen Mordes lebenslänglich. Sie erhängte sich 1967 in ihrer Zelle.

Der „Henker von Buchenwald“ Martin Sommer war der wohl grausamste SS-Mann, der uneingeschränkte Herrscher des Arrestgebäudes. Er quälte und ermordete Häftlinge auf besonders perfide Art und Weise. 1958 verurteilte ihn das Landgericht Bayreuth zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Im Jahr 1971 erhielt er allerdings Haftverschonung und starb Mitte 1988.

In Buchenwald starben u.a. der sozialdemokratische Abgeordnete Rudolf Breitscheid, die Pfarrer Dietrich Bonhoeffer und Paul Schneider sowie der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann, der eigens zum Zweck seiner Ermordung durch unmittelbaren Befehls Hitlers nach Buchenwald verbracht wurde. Keiner seiner Mörder wurde je strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald am 11. April 1945 ist vor allem dem zielgerichteten Vorgehen eines Teils der Häftlingsinsassen zu verdanken, womit letztlich auch erreicht wurde, dass Pister seine Macht über das Lager verlor und sich absetzte. Das illegale Lagerkomitee organisierte den Widerstand und verfügte auch über Waffen. Bei der Evakuierung wurde verzögert, wo es nur ging. Dabei wurden Häftlinge versteckt, Boykottaktionen ausgeübt mit dem einzigen Ziel, dass so viele Häftlinge wie möglich die Befreiung erlebten. Eine Reihe von SS-Bewachern konnte vor der Flucht überwältigt und festgehalten werden. Bei Eintreffen der Alliierten befanden sich noch etwa 21 000 Häftlinge im Hauptlager. Die durch die oftmals völlig ausgehungerten und entkräfteten Menschen vollbrachte Leistung wird unvergessen bleiben. Inzwischen sind 70 Jahre seit diesem Ereignis vergangen und doch wird der Schwur von Buchenwald in jedem Jahr erneuert.

Ralph Dobrawa

Ausgewählte Veranstaltungen

11.04.2015 | 11:15 Uhr

Öffentliche Sonderführungen anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung / Gedenkstätte Buchenwald

11.04.2015 | 13:30 Uhr

„Meine Gravuren bilden das gesamte Lager ab“. Pierre Provost, ein Résistant im Konzentrationslager Buchenwald / Ausstellungseröffnung / ehemaliges Desinfektionsgebäude 11.04. - 30.08.2015

11.04.2015 | 15:15 Uhr

Schweigeminute zum Zeitpunkt der Befreiung des KZ Buchenwald vor 70 Jahren
Individuelles Gedenken / Gedenkstätte Buchenwald, ehemaliger Appellplatz

12.04.2015 | 11:00 Uhr

Europäischer Gedenkakt zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald / Auf Einladung des Freistaats Thüringen und des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos / Deutsches Nationaltheater Weimar

12.04.2015 | 15:30 Uhr

Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos mit Kranzniederlegung / Gedenkstätte Buchenwald, ehemaliger Appellplatz

Außerdem finden in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora bei Nordhausen zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt.

Quelle: www.buchenwald.de/1283/

Sie starben für eine gerechte Sache

**Zum 95. Jahrestag des
Kapp-Putsches in Gotha**

Wir stehen hier vor der Post in Gotha. Einem Ort, an dem am 17. März 1920 Menschen durch die MG-Salven von Regierungstruppen niedergeschossen wurden. Die Toten und Verwundeten vor der Post gaben das Signal für die Kämpfer, die ihre Waffen aus den Verstecken holten und Reichswehr, Sicherheitspolizei und die Gothaer „Sturmkompanie“ angriffen, welche die Stadt seit Tagen besetzt hielten. Zunächst erfolgte der Angriff der linken Arbeiter in einer spontanen Aktion, welche scheiterte. Doch seit dem 16. März war der Truppenübungsplatz Ohrdruf in den Händen der Revolutionäre, die dort die „Thüringische Volkswehr“ formierten. In den frühen Morgenstunden des 18. März traten die Einheiten der „Thüringische Volkswehr“ zum Angriff auf Gotha an. Zwei Tage und eine Nacht dauerten die erbitterten Straßen- und Häuserkämpfe um die Stadt, in denen auch Geschütze und Panzerwagen zum Einsatz kamen. Schließlich siegten die Revolutionäre über Militär und Polizei – doch 120 Aktivisten fielen im Kampf. Doch nicht als Opfer, sondern als bewusste Kämpfer für ihre Sache.

Doch wer waren diese Aktivisten? Sie lebten unter armseligen Verhältnissen in einer durch Klassenunterdrückung und Entrechtung geprägten gesellschaftlichen Realität. Wer Arbeiter war, blieb Arbeiter – es gab kein Entrinnen aus dieser Realität – einzig, es gelang, die kapitalistische Klassengesellschaft zu überwinden. Als Mittel galt der Klassenkampf – ein Kampf um die Menschenrechte. In Deutschland geführt von der Sozialdemokratie, die ideologisch in marxistischen Vorstellungen verwurzelt war. Doch mit Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 verriet die SPD ihren antimilitaristischen Standpunkt. Die Wahrer der alten sozialdemokratischen Werte sammelten sich in der USPD, andere, weitaus radikalere Vorstellung, orientierten sich am bolschewistischen Revolutionsmodell, mit dem Lenin im November 1917 in Russland die Macht übernahm.

Mit dem Sturz der Monarchie in Deutschland im November 1918 endete endlich der Erste Weltkrieg und die Zeit des Sozialismus schien für viele gekommen. Nun stand die Idee einer bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie dem



Modell einer Räterepublik entgegen. Das Eine bedeutete, weiterhin den Kapitalismus zu erhalten, das Andere versprach, die Klassenherrschaft endgültig zu beseitigen. Die Spannung eskalierte zwischen 1918 und 1921 in einem nicht erklärten Bürgerkrieg, der unter der politischen Verantwortung der SPD gegen die revolutionären Bewegungen geführt wurde. Ein Klassenkrieg, der weder große Schlachtfelder kannte, noch heroische Episoden. Er glich mehr einem ständig glimmenden Schmelbrand, von einem Ort zum anderen, der nur als lokale Geschichte vermerkt wurde, nicht als Großereignis.

Seinen Höhepunkt fand diese Auseinandersetzung mit dem Ende des Kapp-Putsches 1920. Zu diesem Zeitpunkt glaubte die radikale Linke, die Räterepublik noch einmal auf die politische Tagesordnung setzen zu können. Die Lage steigerte sich an verschiedenen Orten zum bewaffneten Aufstand. Im entmilitarisierten Ruhrgebiet gelang es den spontan entstehenden Einheiten einer Roten Ruhrarmee, für kurze Zeit das Heft in die Hand zu bekommen, bis sie von Reichwehrtruppen blutig niedergeschlagen wurden.

Anders verliefen die Kämpfe in Halle und Gotha. Hier siegten die Revolutionäre und zogen sich militärisch ungeschlagen zurück. Freilich hatten sie die Revolution nicht durchsetzen können. Doch was blieb, war das rote Herz: Mitteldeutschland und Thüringen. Hier waren Hochburgen der KPD und des Antifa-Widerstandes.

Wir sind hier heute zusammen gekommen, um an die Kämpferinnen und Kämpfer jener Zeit zu erinnern. Sie starben für ihre Sache – und diese Sache hat durchaus mit dem Hier und Heute zu tun. Ganz einfach deshalb, weil die Geschichte der Menschheit die Geschichte des Kampfes um politische und soziale Gleichberechtigung ist. Mag der Weg dahin bisweilen auch von Irrtümern und Fehlern begleitet sein – im Kern geht es immer um diesen Prozess. In Zeiten, in denen Ideologien, welche nach Auschwitz führten, in neuen rassistischen und faschistischen Massenaufmärschen aufkeimen, müssen wir das Problem da packen, wo es entsteht. In der kapitalistischen Realität mit all ihren Ausgrenzungsmechanismen und dem Zur-Ware-Werden des Menschen, keimen solche Ideologien. Wie Max Horkheimer einmal sagte: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen.“

Was bedeutet, dass Politik ein Kampf um Macht ist – weshalb sich linksradikale Politik inhaltlich an einem Kampf gegen „die Macht“ an sich orientieren muss, wenn das Ziel einer freien, emanzipatorischen Gesellschaft erreicht werden soll. Und für dieses Ziel sind jene, die hier bestattet sind, letztendlich gefallen. Ihnen gilt unser Respekt, denn sie sind für eine Zukunft gestorben, für die wir auch heute noch kämpfen. In diesem Sinne: Radikal sein heißt, an die Wurzel zu geh'n – Kapitalismus überwinden.

**Juwel e.V. zu einer Gedenkfeier
für die Märzgefallenen**

Investitionspauschale für alle Kommunen

Landtagsabgeordnete Scheringer-Wright widerspricht Landrat Gießmann: „Landkreis Gotha erhält über 1,5 Millionen Euro zusätzliche Schulinvestitionspauschale, das ist keine Zahlenkosmetik!“

Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hält Wort und unterstützt die kommunale Familie im Übergangsjahr 2015 mit zusätzlichen finanziellen Mitteln, erklärte die Landtagsabgeordnete Johanna Scheringer-Wright (DIE LINKE). Im Koalitionsvertrag hatten sich DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen verständigt, dass vor einer Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) für das Haushaltsjahr 2015 mögliche Haushaltsüberschüsse u.a. für die Erhöhung des KFA und für die Unterstützung notleidender Kommunen verwendet werden. Mit einem jetzt dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurf werden Investitionen gestärkt und ergänzende Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt. Mit dem jetzigen Gesetz wird nur



ein Übergang zum neuen Finanzausgleich 2016 geschaffen. Alle weiteren Wünsche und Erwartungen der Kommunen, die berechtigt sind, können deshalb in diesem Paket keine Berücksichtigung finden.

Mit einer allgemeinen Investitionspauschale in Höhe von 30 Millionen Euro soll die Investitionstätigkeit in den kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten erleichtert werden. Diese zusätzlichen Mittel werden im Haushaltsjahr 2015 pauschal ausgereicht. Eigenmittel sind nicht erforderlich. Dadurch können alle Gemeinden – auch jene ohne Haushalt –

investieren. Die Schulträger sollen im Jahr 2015 ergänzend eine investive Zuweisung für Schulbauten und Schulsporthallen ebenfalls in Höhe von 30 Millionen Euro erhalten. Die Mittel für ergänzende Bedarfszuweisungen sollen im Jahr 2015 um 18 Millionen Euro und im Jahr 2016 um 10 Millionen Euro angehoben werden.

„Auf dieser Basis erhält der Landkreis Gotha nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2015 über 1,5 Millionen Euro zusätzliche Schulinvestitionspauschale. Die Stadt Gotha erhält knapp 890 000 Euro zusätzliche Schulinvestitionspauschale und Investitionspauschale“, teilte Johanna Scheringer-Wright mit. Zudem erhalten alle Gemeinden zusätzliche Mittel aus der Investitionspauschale. Diese können darüber hinaus noch weitere Mittel aus den Bedarfszuweisungen beantragen, um ihre Haushalte zu sichern. „Ich gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf zügig im Landtag beraten wird, damit er noch im April beschlossen werden kann.“, sagte Johanna Scheringer-Wright abschließend.

Zustrom hält an

Landkreis Gotha sucht weiter Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende

Der Zustrom an Asylbewerbern und Flüchtlingen wird auch in den kommenden Jahren anhalten, da ist sich Gothas Landrat Konrad Gießmann (CDU) sicher. Aus diesem Grund sei es für ihn wichtig, weitere Kapazitäten zu schaffen. Den Anfang macht ab 1. April die Gemeinschaftsunterkunft in der Kindleber Straße. Nach der Sanierung bietet die Einrichtung Platz für 135 Menschen.

Eine weitere Gemeinschaftsunterkunft wird derzeit im ehemaligen Internatsgebäude der Gobi in der Leinastraße eingerichtet. In den nächsten Monaten sind hier Umbauten und Erweiterungen vorgesehen. „Ab Mai werden zunächst 49 Personen hier untergebracht“, sagt Kreisbeigeordneter Thomas Fröhlich. Dabei handelt es sich um Menschen aus Syrien, Irak, Afghanistan sowie aus den Balkanländern, die bereits Asylanträge gestellt haben, doch wo die Entscheidung des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge noch aussteht.

Anders als beim Objekt in Gotha-Ost, treten hier die Anwohner mit Misstrauen

der Kreisverwaltung gegenüber. „Wir erleben hier eine neue Qualität. Dabei spielen die zentralen Netzwerke eine große Rolle“, so Fröhlich. So nimmt die Kreisverwaltung die Ängste der Bürger ernst und bietet Gesprächsangebote an, zu denen sie Vertreter von Polizei, Gleichstellungsbeauftragte und L'Amitie eingeladen hat. Grund: Perspektivisch sollen in der Leinastraße einmal 100 Asylsuchende untergebracht werden. Fortgesetzt wurden die Gespräche am 24. März mit der Stadtverwaltung Ohrdruf, wo immer noch die Entscheidung zur Freigabe des einstigen Internats auf sich warten lässt.

Lobenswert bezeichnet Landrat Gießmann das Verhalten der Stadt Gotha bei der

Aufnahme von Asylbewerbern. Gießmann: Die Stadt hat neben den beiden Gemeinschafts-, auch viele Einzelunterkünfte zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig leben in der Stadt 301 Asylsuchende von insgesamt 664 Asylbewerbern, die in Waltershausen, Gierstädt, Crawinkel, Engelsbach, Friedrichroda, Tabarz, Remstädt, Georgenthal und Mechterstädt untergebracht sind. Allerdings, so Fröhlich, müsse in absehbarer Zeit für die Menschen in Gierstädt und Engelsbach eine neue Bleibe gefunden werden, da die Unterkünfte zeitlich begrenzt sind. Deshalb richtet sich Gießmanns Appell nochmals an alle Gemeinden, entsprechende Unterkünfte bereitzuhalten.

Ein Stück Heimat bieten

Der Flüchtlingsstrom ebbt nicht ab. Deshalb hat der Bund die Bundesländer veranlasst, Asylsuchende aufzunehmen, auch Thüringen. So wie alle Landkreise ist die Gothaer Region davon nicht befreit. Der Kreis hat 135 000 Einwohner, da fallen 664 Asylsuchende kaum auf. Und trotzdem sträuben sich viele Gemeinden bei der Aufnahme. Man sollte sich vielleicht mal in die Lage der Flüchtlinge versetzen, die notgedrungen ihre Heimat verlassen haben. Ihnen für eine kurze Zeit ein wenig Heimatgefühl zu bieten, stände uns gut zu Gesicht.



„Ich bin deutsch, ein Stolzer zu sein!“

In Gera und überall

Flüchtlingen solidarisch und offen begegnen!

Als „wichtiges Zeichen gegenüber Schutzsuchenden Menschen“ unterstützt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Willkommensaktion Geraer Initiativen und ruft die Thüringerinnen und Thüringer dazu auf, „sich gegenüber Flüchtlingen solidarisch zu zeigen und zu demonstrieren, dass rassistisch begründete Vorurteile und Ressentiments und die Ablehnung von Flüchtlingen in Gera nicht die Oberhand haben“, erklärt Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin und Parteivorsitzende in Thüringen.

„Gerade für die in Gera möglicherweise demnächst ankommenden Menschen – für die die geplante Zweig-Erstaufnahmestelle Gera-Liebschwitz eigentlich ein Ort sein sollte, wo sie nach traumatischen Erlebnissen, der Flucht vor Verfolgung, Gewalt oder elenden Verhältnissen endlich ankommen, aufatmen und sich sicher fühlen können – ist es wichtig, dem desaströsen Bild, welches in den letzten Wochen einige Anwohnerinnen und Anwohner gezeichnet haben (nämlich dem einer hasserfüllten, rassistisch polemisierenden, von Sozialneid angestachelten und durch offen auftretende Nazis instrumentalisierten Mehrheit), Solidarität entgegenzuhalten. Zu zeigen: Ihr braucht hier keine Angst zu haben, sondern könnt euch hier sicher fühlen“, betont die Flüchtlingspolitikerin der Linksfraktion, Sabine Berninger, die

„Wir sind deutsch, Stolz zu sein!“



selbst gemeinsam mit Geraer Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen an der Kundgebung in Gera teilnehmen wird.

Ebenso wichtig sei es, so Hennig-Wellsow und Berninger weiter, dass nun offenbar auch in Gera-Liebschwitz ein Dialog begonnen werden konnte, der den während der Diskussionsveranstaltungen der Staatssekretärin und des Ministers „offenbar gewordenen Konflikt zu lösen versucht und dazu in der Lage ist“.

Nicht die Flüchtlinge verursachten weltweite Krisen und Konflikte oder lebensbedrohliche Zustände in den Herkunftsländern, sondern gesellschaftliche Zustände und Politik gerade auch in den Wohlstandsländern Europas. Und nicht zuletzt unser eigenes Konsumverhalten sei mitverantwortlich für sich verschlechtern-

de klimatische Verhältnisse und den Entzug der Lebensgrundlagen beispielsweise auf Teilen des afrikanischen Kontinents oder in Südamerika. Bundesdeutsche Außenpolitik trage beispielsweise mit dazu bei, wie sich Regierungen in den Balkanstaaten gegenüber Minderheiten gebärden oder wie sich wirtschaftliche Verhältnisse entwickeln. „Deshalb betonen wir unsere ureigene Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen. Und deshalb geht unser Aufruf an alle Menschen in Gera und den Ortsteilen der Stadt: Heißen Sie die Schutzsuchenden willkommen, üben Sie Solidarität.“

Quelle: Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag vom 18.3.2015



25 Jahre DGB in Thüringen

Der Erfurter Publizist Uwe Pohlitz (links) stellte erneut seine Fotos im Gothaer Gewerkschaftsladen Marktstraße/Ecke Pfortengasse aus, diesmal zum Thema „25 Jahre DGB in Thüringen“. Die Vernissage fand am Mittwoch, 11. März statt. Zu Gast war Klaus Schüller, Sekretär der Gewerkschaft EVG und Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Hersfeld – Rotenburg (rechts).

Foto:
lller



TTIP, CETA und TISA – was ist das?

Nach den letzten Umfragen sind nur noch 39 Prozent der Deutschen für das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, genannt TTIP. Das ist der niedrigste Prozentsatz in Europa. Die EU selbst schätzt ein, das TTIP könne den Europäern jährlich Vorteile im Wert von 119 Milliarden Euro bringen. Das Münchener Ifo-Institut schätzt in einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium ein, dass in Deutschland bis zu 110 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn das Abkommen tatsächlich im großen Stil Handelsbarrieren beseitigt. Europaweit würden sogar rund 400 000 Arbeitsplätze entstehen, schreiben die Forscher. Und zwar vor allem gut bezahlte Jobs in der Autoindustrie, im Maschinenbau und der Elektrotechnik, aber auch bei Chemie- und Pharmaherstellern. In den USA, so glauben die Forscher, würden vor allem in der Agrarindustrie Stellen geschaffen.

Aber nicht alle Bürger der EU sind davon überzeugt. Deshalb haben 375 europäische Organisationen aus 25 EU-Ländern am 3. März 2015 einen offenen Brief an die Europa-Abgeordneten gerichtet, Was wollen die 375 Organisationen von den EU-Abgeordneten? Transparente Verhandlungen, keinen Investitionsschutz und keinen Abbau von Arbeits-, Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards. Sie fordern, dass das Europäische Parlament, TTIP und weitere Handels- und Investitionsabkommen CETA und TISA ablehnen. Diese Abkommen dienen nicht dem öffentlichen Interesse, sondern dienen der Sicherung der Konzernprofite. Damit wird die Demokratie und der soziale Frieden in Europa im Frage gestellt.

Was kommt denn da eigentlich auf uns Bürger zu? Warum gibt es so viel Skepsis bei den Deutschen gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA? Die erste Freihandelszone in der Welt, genannt Nafta, haben die USA, Kanada und Mexiko im Jahre 1994 gegründet. Diese habe die versprochenen Vorteile nicht gebracht, weil sie gar nicht dafür konzipiert gewesen war. Naftas Hauptanliegen sei nicht der befreite Handel gewesen, sondern die Befreiung multinationaler Konzerne von öffentlichen Verpflichtungen in den USA, in Kanada und Mexiko und letztendlich auf der ganzen Welt.

Barack Obama sah das offenbar ähnlich, bevor er Präsident wurde. „Nafta ver-

schrotten oder reparieren?“, wurde er 2007 gefragt, und er antwortete, Nafta gehöre verbessert, denn es solle nicht bloß für die „Wall Street“, sondern auch die „Main Street“ gut sein. Selbst die Weltbank ist skeptisch: „Die Lektionen aus Nafta sind, dass freier Handel allein ohne signifikante politische Reformen nicht genug ist.“

„Es ist des Bürgers gutes Recht, dem Staate seine Mitwirkung zu verweigern, wenn diese Mitwirkung für ihn zur Erniedrigung wird.“ (Mahatma Gandhi)

Stanislav Sedlacik, Weimar



Psychologische Kriegsführung

Mit dem Freihandelsabkommen und dem Abkommen Tisa verliert Europa das letzte bisschen Eigenständigkeit, denn militärisch hat sich Europa den USA bereits vollständig untergeordnet. Die Überwachung und Kontrolle Europas erfolgt von Deutschland aus, in den beiden Abkommen werden die Amerikaner die Feder führen und im Ergebnis wird Europa zu einer Kolonie der USA werden. Der Artikel (Was steckt hinter Tisa?) und die bisher bekannt gewordenen Aussagen zum Freihandelsabkommen lassen keinen anderen Schluss zu.

Für Europa kommt die Gefahr nicht aus dem Osten, sondern aus dem Westen. Nur wird der Bevölkerung immer wieder eingehämmert, dass die Gefahr von Russland ausgeht, um von den Realitäten abzulenken. Die Vorgänge in der Ukraine kommen diesem psychologischen Prozess sehr entgegen. Der Westen hätte die Möglichkeiten, diese Region zu befrieden, aber dies würde nicht in das Gesamtkonzept passen. Einen ähnlichen psychologischen Prozess hatten wir schon einmal und wieder spielt Deutschland keine gute Rolle. Wer öffnet der europäischen Bevölkerung die Augen? Wann erwacht Europa endlich und erlangt seine Selbstständigkeit zurück?

Gunther Becker, Goldbach

Die Ursachen der griechischen Schuldenkrise

„Die Griechen brauchen immer mehr Geld, um weiterhin über ihre Verhältnisse leben zu können.“ So oder so ähnlich hört es sich an, wenn man die weit verbreiteten Meinungen der „Bildzeitungsleser“ hört. Nun sind ja die, die dem Werbeslogan: „Bild Dir Deine Meinung“ folgen, nicht gerade diejenigen, die über Zusammenhänge bestens informiert sind. Deshalb habe ich mich mal etwas sachkundiger gemacht. Sicherlich ist doch jedem aufgefallen, dass die Diskussionen über die griechischen Schulden erst so richtig entflammt sind, als die Griechen von ihrer korrupten Regierung genug hatten und eine sozialistische Regierung wählten. Es war nicht die Angst um Rückerstattung des an Griechenland verliehenen Geldes, nein, es war die Angst um die gewaltigen Zinsgewinne, die den Großbanken verloren gehen könnten.

Es entspricht nun einmal dem Charakter des Kapitalismus, dass Geld die Welt regiert und eine jede Regierung, die sich darum bemüht, Korruption einzudämmen und eine sozial erträglichere Situation im Land zu erreichen, sofort mit allen erdenklichen Mitteln bekämpft wird. „ATTAC“ hat errechnet, dass von den bis 2013 nach Griechenland geflossenen 207 Mrd. Euro rund 77 % direkt an die Banken geflossen sind. Dazu kommt, dass ausgerechnet Herr Schäuble sich vehement dagegen sträubt, die Schulden, die der „Rechtsnachfolger“ des „Dritten Reiches“, die BRD, gegenüber dem griechischen Volk hat, nun endlich auch zu bezahlen.

Bei den Verhandlungen über einen Schuldenerlass 1953 monierte die BRD, dass sie nicht alle Schulden des Zweiten Weltkrieges übernehmen kann, da sie keinen Zugriff auf das gesamte Territorium habe. Dabei wurde aber nicht in Betracht gezogen, dass die DDR ihre Reparationsleistungen an die UdSSR selbst ableistete und mit dem einseitigen Friedensvertrag, dem die BRD nicht beitreten wollte, erledigt hatte. Der Zugriff auf das gesamte Territorium erfolgte ja nun vor 25 Jahren. Wenn Griechenland nun endgültig die Zurückzahlung mindestens der Zwangsstaatsanleihen verlangt, dann ist das eine berechnete Forderung, die auch von der Bundestagsfraktion DIE LINKE unterstützt wird.

Friedel Schmidt, Mühlberg



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag im April

04.04.	Erich Walter	Erleben	80.
05.04.	Monika Zollver	Gotha	67.
07.04.	Ute Liebetrau	Gotha	72.
08.04.	Ilona Usbeck	Tambach-Dietharz	67.
09.04.	Gerda Ritter	Gotha	82.
09.04.	Bärbel Möller	Apfelstädt	62.
13.04.	Erich Schönau	Gotha	62.
14.04.	Waltraud Kämpfert	Ohrdruf	86.
15.04.	Klaus Heering	Waltershausen	71.
17.04.	Hedwig Lehmborg	Erfurt	86.
19.04.	Hans Esche	Gotha	86.
21.04.	Dieter Hoyer	Gotha	78.
23.04.	Rolf Grebler	Waltershausen	64.
26.04.	Monika Döllstädt	Tambach-Dieth.	62.
26.04.	Ingrid Rudolph	Günthersleben	62.
29.04.	Bruno Just	Döllstädt	66.

Ist doch klar(sicht) ...

Neues von der europäischen Schuldenkrise

Das ist ein Geschenk von Frau Merkel und Herrn Schäuble für den griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis. Foto: W. Möller



Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise

Für die einen ist Yanis Varoufakis der Rockstar der Syriza-Regierung, für andere setzt er wie ein Geisterfahrer die europäische Stabilität aufs Spiel. Viele wissen nicht, dass er als Professor für Wirtschaftswissenschaften und Ökonomie in Großbritannien, Australien, Griechenland und in den USA lehrte. Für sein Buch „Der globale Minotaurus“, in dem er globale Finanzkrisen analysiert, erhielt er viel Anerkennung. Der Mann weiß also, was er als Finanzminister zu tun hat. Gemeinsam mit zwei weiteren renommierten Ökonomen arbeitet er nun die Probleme der Eurozone auf (Banken-, Schulden-, Investitions- und soziale Krise) und entwirft vier Strategien, mit denen der gordische Knoten durchschlagen werden kann. Wer dieses Buch liest, wird in den nächsten Monaten keine Überraschungen aus Athen erleben.

Steffen Twardowski (gefunden in „Clara“ Nr. 35/2015)
Yanis Varoufakis, James K. Galbraith und Stuart Holland: Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. Kunstmann, 64 Seiten, Preis: 5 Euro.

Termine April 2015

04.04.	10:00	Kranzniederlegung Ohrdruf, Denkmal an der Waldstraße, Sternmarsch Jonastal
	10:30	
07.04.	10:00	Frauenfrühstück mit M. Renner, kubiXX
	18:00	„Ein Jahr nach dem Neonazi-Aufmarsch in Ballstädt“ im Augustinerkloster-Café
08.04.	15-17	öffentliche Bürgersprechstunde von Martina Renner, MdB im kubiXX e.V.
08.04.	18:00	Themenabend Flüchtlinge, kubixx e.V.
13.04.	18:00	Fraktionssitzung des Stadtrats Gotha, GS
14.04.	18:00	Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle (GS)
16.04.	18:00	Regionalkonferenz (100 Tage Regierungsarbeit), Finanzzentrum Erfurt
17.04.	10:00	Haushaltsklausur der Stadtratsfraktion im kubiXX e.V.
17.04.	17:00	Veranstaltung der Agrargenossenschaft/ Vorstellungen zur friedlichen Nutzung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf
18.04.	11:00	„Gotha ist bunt“ Protestkundgebungen gegen nationalistisches Denken
22.04.	17:00	Stadtrat Gotha, Rathaus Gotha
24.04.	18:00	Veranstaltung mit Neumitgliedern, GS
30.04.	16:00	Beratung mit Basisvorsitzenden, GS
Mo	13:00	Geschäftsführender Vorstand, GS
01.05.	11:00	Maifeier auf dem Buttermarkt Gotha
08.05.	11:00	Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung

Englisch für Pegidas: Your car is German. Your vodka is Russian. Your pizza ist Italian. Your kebab is Turkish. Your democracy is Greek. Your coffee is Brazilian. Your movies are American. Your tea is Tamil. Your shirt is Indian. Your oil is Saudi Arabian. Your electronics are Chinese. Your numbers Arabic, your letters Latin. And you complain that your neighbor is an immigrant? Pull yourself together! (Und du beschwerst dich, dass dein Nachbar ein Einwanderer ist? Reiß dich zusammen!)

klarsicht

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; www.die-linke-gotha.de; **Redaktion:** E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de;

Redaktionsleiter: Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Tel.: (03621) 85 61 62, E-Mail: kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de; **Redaktionsmitglieder:** Christine Brand, Christiane Kranz, Eric Labahn, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Norbert Schimmelpfennig, Sebastian Schreiner; **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich; **Redaktionsschluss:** 15. des Vormonats; **Zuschriften:** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; **Konto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH